**15. Wahlperiode** 31. 03. 2004

## Kleine Anfrage

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Dirk Niebel, Daniel Bahr (Münster), Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Eberhard Otto (Godern), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

## Datenabgleich zwischen Lehrlingsrolle und Berufsberatung der Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesregierung verfolgt weiter das Ziel der Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe. Neben Zweifeln daran, ob die Ausbildungsplatzabgabe zu dem gewünschten Erfolg, einem deutlichen Zuwachs beim Lehrstellenangebot, führen wird, bestehen Zweifel, ob die bislang vorhandenen Daten zum Lehrstellenangebot eine verlässliche Grundlage für die Einführung eines solchen Instruments bieten. Ein Vergleich der Liste derjenigen Betriebe, die bei der jeweiligen Kammer im vergangenen Jahr neue Lehrverträge abgeschlossen haben, mit den im Vorjahr beim Arbeitsamt gemeldeten Lehrstellen zeigt, dass ein nicht unerheblicher Teil der besetzten Lehrstellen den Arbeitsagenturen zuvor nicht bekannt war. Für viele der Ausbildungsbetriebe lagen der Bundesagentur für Arbeit (BA) nicht einmal Betriebsdatensätze vor. Im Ergebnis bedeutet dies, dass die Zahlen der Arbeitsverwaltung nur bedingt das tatsächliche Lehrstellenangebot widerspiegeln.

## Wir fragen die Bundesregierung:

- 1. Kann die Bundesregierung bestätigen, dass ein nicht unerheblicher Teil der besetzten Lehrstellen den Agenturen für Arbeit zuvor nicht bekannt war?
- 2. Wenn ja, welche Gründe sind hierfür ursächlich?
- 3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Zahlen der Arbeitsverwaltung das tatsächliche Lehrstellenangebot nicht widerspiegeln?
- 4. Wenn nein, wie begründet sie dies?
- 5. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele der in 2003 den Agenturen für Arbeit gemeldeten Lehrstellen anschließend nicht besetzt werden konnten?

- 6. Wenn ja, wo liegen die Gründe für diese Nichtbesetzungen?
- 7. Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele der tatsächlich besetzten Lehrstellen den Agenturen für Arbeit nicht gemeldet waren?
- 8. Wenn ja, wo liegen nach Einschätzung der Bundesregierung die Gründe der Unternehmen, die Lehrstellen nicht der BA zu melden?
- 9. Liegen den Agenturen für Arbeit die Betriebsdatensätze sämtlicher Ausbildungsbetriebe vor, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht?
- 10. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um größtmögliche Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt zu erreichen?
- 11. Hält die Bundesregierung einen Abgleich der Lehrlingsrollendaten der Kammern mit den Beratungsstatistiken der Arbeitsverwaltung für ein geeignetes Instrument, eine verlässliche Grundlage für Entscheidungen über gezielte Aktivitäten zur Sicherung des Ausgleichs auf dem Lehrstellenmarkt zu erhalten?
- 12. Wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung einen entsprechenden Datenabgleich zu institutionalisieren?
- 13. Wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

Berlin, den 30. März 2004

Rainer Brüderle
Dirk Niebel
Daniel Bahr (Münster)
Angelika Brunkhorst
Ernst Burgbacher
Helga Daub
Jörg van Essen
Ulrike Flach
Otto Fricke

Horst Friedrich (Bayreuth) Hans-Michael Goldmann Joachim Günther (Plauen) Dr. Christel Happach-Kasan Christoph Hartmann (Homburg)

Klaus Haupt Ulrich Heinrich Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Michael Kauch Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Jürgen Koppelin Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Ina Lenke

Eberhard Otto (Godern) Detlef Parr

Cornelia Pieper Gisela Piltz

**Dr. Hermann Otto Solms** 

Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Dr. Dieter Thomae Jürgen Türk

Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion